

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der 3. Internationale

Mit den Gratisbeilagen: „Der Rote Stern“, „Der kommunistische Gewerkschafter“, „Rote Hilfe“, „Die Kommunistin“, „Der Genossenschaftler“, „Tribüne“, „Der Jungprolet“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Vor der Entscheidung!

Kriegspakt, Geheimdiplomatie und deutsche Arbeiterchaft.
r. Breslau, 23. September.

Heute wird in Berlin unter dem Vorsitz Hindenburgs die „Schlußberatung“ des Lutherkabinetts über den Sicherheitspakt stattfinden. Und in wenigen Tagen soll — gleichfalls hinter verschlossenen Türen — der Auswärtige Ausschuss als Reichstags-Ersatz der Entscheidung der Regierung seinen Segen geben. Damit wird dann das erhabende Schauspiel zu Ende gehen, das die Regierer der deutschen „großkapitalistischen Republik“ ihrer patriotischen Kleinbürger schuldig zu sein glauben. Wochenlang haben sie nun „ernsthafte Erwägungen“, „Differenzen“, „Sorge um vaterländische Belange“ gemittelt und das alles um eine Sache, deren Erledigung längst fest stand! Wir werden in den nächsten Tagen die Probe am Exempel sehen; alle Hände, die gestern noch zu verdorrten Schwüren, werden sich erheben und für den Sicherheitspakt stimmen. Kein Zweifel, er wird von dem großen Kriegsbild, der beim Herrmann Müller beginnt und sich über Stresemann bis zum schwarz-weiß-roten Grafen Westarp erstreckt, angenommen werden.

Was aber soll die Geheimdiplomatie, das wochenlange Spiel in der Dunkelkammer? Den deutschen Massen verbergen, daß alle Schritte der Hindenburg-Luther-Stresemann längst zwangsläufig festgelegt sind, daß das bürgerlich-deutsche Deutschland mit Haut und Haaren den Vätern der englischen und französischen Imperialisten verkauft ist. Wenn die französische reaktionäre Presse in diesen Tagen behauptet, Briand habe angesichts des Jögerns der deutschen Regierung „jede Illusion verloren“ und ernsthaft die Möglichkeit eines Krieges mit Deutschland ins Auge gefaßt, so ist das zwar eine überflüssige Karte; aber immerhin bezeichnende Begleitmusik zu der bevorstehenden „Beileidung“ Europas. Doch es bedarf keines Drumdes! Vor einigen Tagen wurde bekannt, daß die deutsche Regierung bereits ihrem demnächstigen Vertreter im Völkerbund (den wilhelmianischen Außenminister und Verantwortlichen für den Brest-Litowsker Schandfrieden, v. Rühlmann!) bestimmt habe:

Die Hindenburg-Luther-Stresemann sind zu Pakt und Völkerbundeintritt bereit und zu allen Konsequenzen dieses Schrittes entschlossen!

Mehr als eine bittere Pille, mehr als eine „Preisgabe nationaler Interessen“ wird die deutsche Regierung auf der nunmehr bestehende großen Ministerkonferenz schluden. Der sogenannte „Westpakt“ fordert von ihr den Verzicht auf Elb- und Ostpreußen und das rein deutsche Cuxen-Malmeda, legt ihr neue Bindungen neue Fesseln an, ohne das die Versäuler Siegermächte an eine Gegenleistung, etwa die Räumung der besetzten Rheingebiete dächten. Auch aus der von der deutschen Bourgeoisie so sehr nicht erhofften „freien Hand im Osten“ wird nichts werden. Alles Gebüll aus Berlin, die deutsche Regierung werde nur über den Westpakt verhandeln, ist eine politische Krastmeierei, die bald wie eine Seifenblase platzen wird. Nach der vor einigen Tagen in Berlin abgegebenen Erklärung der Lutherkab., auch sie sei zum Abschluß eines Sicherheitsvertrages bereit, ist es zweifellos, daß hinter der Beratungstür in Luzern auch die polnischen und tschechischen Delegierten mit einem Paktentwurf lauern, um im geeigneten Momente herauf zu treten. Daß die durch einen Mosalkrieg bedrohte, im Innern sehr geschwächte Baldwin-Regierung den Schachzügen Frankreichs und seiner Vassalstaaten Italien Widerstand leisten wird, ist nicht anzunehmen. Nicht nur in Welt-, auch in Ostfragen (Oberschlesien, Danzig, Polnischer Korridor!) wird also die Lutherregierung ihre „friedliche Gesinnung beweisen“, das heißt die in Versailles geschaffene polnische Grenze noch einmal feierlich und freiwillig garantieren müssen. Auch der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund wird geschehen, ohne daß dieser seinen berichtigten Artikel 16 aufhebt, der den Marsch fremder Armeen durch deutsches Gebiet gestattet.

Nad zu all dem lauert im Hintergrunde der Krieg gegen Sowjetrußland, lauert der Landsknechtstod neuer Hunderttausender Deutscher für die Interessen des Weltimperialismus! Denn das ist — trotz der unerschämten heuchlerischen Friedensrede des englischen Außenministers Chamberlain in Genf — das letzte Ziel der ganzen Paktspolitik!

Bleibt noch die Frage, was die werktätigen Massen, die eigentlich Betroffenen, zum Abschluß des Kriegspaktes zu sagen haben. Der englische Gewerkschaftsorgan hat gezeigt, wie sehr der Widerstand gegen die Politik des Weltimperialismus in den Reihen der europäischen Arbeiterchaft wächst. Und in Deutschland?

Hier ist Opposition gegen die Unterwerfungspolitik der Hindenburg-Luther-Stresemann von zwei Seiten zu erwarten. Einmal von der Arbeiterchaft, nicht der kommunistischen Teile allein, wie der Antrag der Ortsgruppe der SPD-Frankfurt an den Heidelberger Parteitag, der sich gegen die rußlandfeindliche Paktpolitik wendet und wie die Stellungnahme selbst des christlichen Eisenbahnerverbandes (!!) gegen den Sicherheits-

Erwerbslosenelend vor dem Preussischen Landtag

Der Korruptionsheld Veinert über den Schieber von Zitzewitz

(Sig. Drahtb.) Berlin, 23. September.

Gleich nach der gestern nachmittag 3 Uhr erfolgten Eröffnung des Preussischen Landtages verlangte die bürgerliche Fraktion Auskunft vom Staatsministerium über die während der Sommer-tätigkeit erlassenen Verordnungen und vor allem Auskunft über die Direktiven, die die preussische Regierung ihren Vertretern im Reichsrat in der Frage des Garantiepaktes gegeben habe. Die bürgerlichen verlangten eine Umstellung der Lageordnung, da die von sozialdemokratischer Seite widersprochen wurde, fielen die bürgerlichen Anträge unter den Tisch. Ein Antrag zur Beschaffung von Wohnungen für die aus dem Ruhrgebiet ausgewickelten Schutzpolizisten wurde ohne Ausdrache einem Ausschuss überwiesen.

Zu den zahlreichen Fällen der Auslehung der Erwerbslosen aus ihren Wohnungen hat die kommunistische Fraktion folgende Anfrage gestellt:

Durch die völlig unzureichenden Erwerbslosensätze sind zahlreiche Erwerbslose nicht imstande, ihre Miete zu zahlen, wenn sie nicht verhungern wollen. Nach einer Verordnung des Reichswahlprüfungsamtes können die Hausbesitzer bei Mierückstand Zwangsraumung beantragen, ohne zur Beschaffung von Wohnungen verpflichtet zu sein. Auf Grund dieser Verordnungen sind in zahlreichen Fällen, besonders in Berlin und im besetzten Gebiet, Erwerbslose mit ihren Angehörigen auf die Straße gesetzt und in unhygienischen, gesundheitschädlichen Quartieren, die vielfach ohne

Heizung und Wasserleitung sind, zusammengedrückt worden. Wir fragen das Staatsministerium, ob es in Verfolg eines Beschlusses des Hauptauschusses bereit ist, sofort Schritte zu tun, um die Aufhebung der Verordnung des Reichswahlprüfungsamtes zu erwirken, und darüber hinaus den Kommunisten ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen, um für die bereits obdachlos gewordenen Erwerbslosen menschenwürdige Unterkunftsmöglichkeiten zu schaffen.

So, am wunde sich das Haus der Behandlung der Kreditveränderung der preussischen Landesbankdirektoren zu. Der Sozialdemokrat Veinert veruchte aus der Tatsache, daß in diesem Korruptionssumpf nationalistische Kreise verwickelt sind, eine Ehrenrettung für Barma und seine Freunde herauszuholen. Veinert behauptete, daß Veinert das Privatleben des Kollgen Schiebers Zitzewitz, wie er im Sportkleid mit der „polnischen Lotte“ auf Kosten der preussischen Steuerzahler herrlich und in Freuden gelebt hat.

Für die kommunistische Fraktion sprach der Genosse Schröder die wichtigsten Zusammenhänge mit den Landesparlamentarierbankrottnebern aufdeckte. Er wies auf die Beziehungen zum deutschnationalen Reichslandbund hin, dessen Spezialrat die Spekulation mit Grundstücken und Häusern sei.

Der kommunistische Redner ging ausführlich auf die Verschwendung preussischer Staatsgelder ein und legte sich bei der Gelegenheit auch mit den Sozialdemokraten auseinander.

Die Deutschnationalen für den Unterwerfungspakt

(Sig. Drahtb.) Berlin, 23. September.

Gestern fanden eine Reihe von Erörterungen zur Vorbereitung des Ministerrates statt, der unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten in Aussicht genommen ist. Zu Freitag sind die Ministerpräsidenten der Länder zu einer Konferenz nach Berlin eingeladen. Der ausrichtige Auschuss wird dann am Sonntagabend 10 Uhr zusammentreten. Die Lutherregierung hat solange gewartet, bis die Deutschnationalen mit ihren Erörterungen fertig waren. Dieselben haben folgende Entschlüsse angenommen, die schon die Beschlüsse des Kabinetts unterteilt:

„Partei Vorstand und Landespartei Vorstände der deutschnationalen Volkspartei billigen die Ausführungen, die die Vorsitzenden der Partei und Reichstagsfraktion, sowie Minister Schiele über die programmatische Stellungnahme zur gegenwärtigen außenpolitischen Lage gemacht haben und geben ihre Zustimmung zu der hierauf zu führenden Politik der Reichstagsfraktion.“

Stresemann und Luther haben gestern mit den Führern der Reichstagsparteien „Führung“ genommen.

Bericht der Rußlanddelegation vor den Eisenbahnern in OS.

(Sig. Drahtb.) Opatowitz, 23. September.

Noch nie waren die Betriebsräte sämtlicher Dienststellen und Werkstätten so zahlreich erschienen wie zur Berichterstattung der Arbeiter-Delegation. Die über dreistündigen Ausführungen des Kollegen Girndt, über seine Einbrücke in Sowjet-Rußland, bei denen er besonders die Lage der russischen Arbeiter schildert, fanden aufmerksame Zuhörer. In der Diskussion wurden einige Fragen gestellt, die alle gründlich beantwortet wurden. Der Bezirksleiter des Eisenbahner-Einheitsverbandes gab seiner Meinung dahingehend Ausdruck, daß er die Ausführungen als objektiv anerkennt, müsse. Er selbst sei bei der Auffassung, daß Deutschland nur an der Seite Sowjetrußlands fortkommen kann. Der christliche Gewerkschaftssekretär erklärte, es sei erklärlich, daß es in Rußland der Arbeiterklasse besser gehen müsse, da ja in Rußland eine Arbeiterregierung ist. Erhöhen enthielt er sich mit seinen Freunden der Stimme über die vorgelegte Resolution, die im übrigen von allen anwesenden Betriebsräten, die sich aus allen möglichen Richtungen zusammenfanden, einstimmig angenommen wurde.

Nunmehr sind auch die Amerikaner Strohschell Vater und Sohn, die Hauptmacher des böllischen Rußland-Paktes, der Haft entlassen worden.

pakt beweisen. Ebenso groß, ja vielleicht noch größer ist die Erregung über die auswärtige Politik der Lutherregierung bei den Kleinbürgern und kleinbürgerlich gesinnten Arbeitern, die bisher hinter der Deutschnationalen Partei standen. Daher das feige Schwanken ihrer im Innern längst zum Umfall entschlossenen Führerclique! Die Bergt-Westarp-Schiele befürchteten mit Recht, daß nach ihren bisherigen Großtaten (Aufwertungsbeitrag, Steuern, Zölle!) der „erfolgreiche“ Abschluß des Paktes eine offene Rebellion bei ihrer kleinbürgerlich proletarischen Gefolgschaft hervorrufen wird. Selbstverständlich wird diese Revolte der deutschnationalen Massen zunächst von nationalistischen Motiven getragen sein. Diesen Schichten, die wirtschaftlich zum Proletariat gehören, müssen wir Kommunisten klar machen, daß nicht die Hunger- und Schwerindustriellen, nicht eine Clique banterrotter Offiziere, sondern die breiten werktätigen Massen, die Millionen der Hand- und Kopfarbeiter selber die Führung im Kampf um die wahren nationalen Interessen übernehmen müssen!

Die Einstellung der sozialdemokratischen, christlichen und deutschnationalen Anhänger zum Kriegspakt, fordert dringende Aufmerksamkeit und schnelles Reagieren der kommunistischen Partei. Ihnen ist zu zeigen, daß die Frage der Orientierung eine Lebens- und Zukunftsfrage für die deutschen Volksmassen ist, daß jede, auch noch so verlauschierte, mit „Vorbehalten“ gespidete Zustimmung zum Westpakt, ja, daß selbst der Versuch einer jämmerlichen „Neutralität“ mit Notwendigkeit an die Seite und unter das Joch des Weltimperialismus führt!

Vom Tage

Die Unternehmer der Glasindustrie des Bezirkes Glatz haben Ende vergangener Woche bekannt gegeben, daß diejenigen Arbeiter ausgespart werden, die sich mit den bisherigen Löhnen nicht einverstanden erklären, um sie zum Verzicht auf die mit Schiedspruch vom 22. erfolgte geringe Lohnerhöhung zu zwingen.

Im Berliner Schriftgießerstreik wurde ein Schiedspruch auf 9 prozentige Lohnerhöhung gefällt.

In der Umgebung Braunschweigs sind erneut 30 und in Hannover zahlreiche Typhusfälle aufgetreten.

Die englische Presse bringt wüste Schmeldungen über angebliche Kriegsvorbereitungen der Türkei und von einem Bündnis mit Sowjetrußland, um ein bewaffnetes Eingreifen im Mosalkrieg vorzubereiten.

Nationale Würdelosigkeit der Nationalisten

Aus der Praxis des „Retters“

Als zur Zeit der Ruhrbelegung der deutsch-nationale Lutterbed den französischen General Degoutte um elfte Batallione Soldaten anbot, um die deutschen Kumpels niederzuschlagen zu können, da berief er sich auf die Liebesdienste, die einst ein Bismarck den Pariser Kommunistenklümpeln erwiesen hat.

Die Gegenstände zwischen den einzelnen „vaterländischen“ nationalistischen Mächtigkeitsgruppen mögen noch so scharf sein, sie verschwinden sofort, sobald der gemeinsame Gegner aller Nationalitäten auf den Plan tritt, das Proletariat. Die Luther-Regierung und ihr Reichspräsident Hindenburg nebeneben die volle Unterstützung so ziemlich aller „nationalen Kreise“ und tun sich bemerksprechend „patriotisch“.

Ein „vaterländischer“ Kummel löst den anderen ab. Hindenburg hat allergnädigst erlassen, daß die ehemaligen Offiziere ihre beschnittenen und betretenen Uniformen wieder aus den Wäffententuren herausholen dürfen. Schwarz-rot-goldenes und schwarz-weiß-rot-goldenes Blendwerk wird en gros fabriziert, um den enttäuschten Proleten, Kleinbürgern und Bauern die unumschränkte Herrschaft des Großkapitals schmachtlich zu machen.

Hindenburg und seine Luther-Regierung haben auch alle Urklug dazu. Der Aufwertungsbetrug hat auf die Wähler Hindenburgs wie eine kalte Dusche gewirkt.

Die Hochschulzoll- und Steuererlässe, die steigenden Mietpreise und die Versuche, die Löhne zu drücken, die Arbeitszeit zu verlängern, sind durchaus nicht geeignet, das „Volk“ zu begeistern.

Genau so verlogen wie die „Sozialpolitik“ der Nationalisten ist genau so verlogen ist ihre „nationale“ Politik. Darüber täuscht auch nicht hinweg, wenn der „Retter“ bei den Bürgerkriegsmandatieren sich demonstrativ mit schwarz-weiß-roter Kolorade photographieren läßt.

Zwei Gemeinheiten kennzeichnen das „nationale“ Hindenburg-Luther-Regime besonders genau:

Die eine Gemeinheit: Zu Wiesbaden wurden von der deutschen Polizei zwei deutsche Jungkommunisten grundlos verhaftet. Bei der Festgenommenen wurde Propagandamaterial gegen den Marokkafeldzug gefunden. Prompt telephonierte die deutsche Polizeibehörde die französischen Kollegen an, ob sie nicht Verwendung für die beiden Verhafteten habe. Selbstverständlich nahm die französische Polizei das Anerbieten ihrer deutschen Kollegen an. Die beiden deutschen Jungkommunisten wurden darauf von dem französischen Kriegsgericht zu je drei bzw. einem Jahr Gefängnis verurteilt!

Die andere Gemeinheit: Es ist eine bekannte Tatsache, daß die französische Regierung in dem Raubzuge gegen Abd el Krim mit Vorliebe „Gastige“, Fremdenlegionäre und — Elsaß-Lothringler verwendet, um die immer rebellischer werdenden „eigenen“ Landesfinder zu beruhigen. Es ist kein Wunder, daß sich die deutschen Elsaß-Lothringler dafür bedanken, im Interesse der französischen Großbanken als Zielobjekt für marokkanische Scharfschützen in das Rifgebiet zu marschieren. In hellen Hauten belästigen sie und flüchten in die Arme des „Retters“.

Die deutsche „nationale“ Regierung, die längst mit dem „Erbschind“ gemeinsame Sache macht, hat erst kürzlich mehr als achtzig solcher Flüchtlinge wieder eingelangt und der französischen Militärjustiz ans Messer geliefert!

Diese beiden Gemeinheiten zeigen, wie fadenscheinig das „nationale“ Mantelchen ist, mit dem sich Hindenburg, Luther und seine sozialdemokratischen Kollegen Braun und Severing „dem deutschen Volk“ präsentieren. Mit ausgeklamten Traditionsuniformen, schwarz-weiß-rot-gelben Koloraden, Jochkreuzen und „Betreuungs“feiern werden sich die geliebten Untertanen nicht zufrieden geben.

Der Verrat an der Nation, die Vandalenplünderung vor dem Entente-Kapital und vor allem die Ausplünderung der eigenen Arbeiter, kleinen Angestellten, Beamten und Bauern wird die künstlich aufgeblasene national-nationale Begeisterung erheblich dämpfen.

Die Millionen, die enttäuscht über den „Retter“ die Hände ballen, gilt es in die proletarische Front einzugliedern, die allein das deutsche Volk wieder zu einer selbständigen politischen Rolle führen wird.

Heidelberg — in zentriertlicher Beleuchtung

Das Zentrum stellt mit Genugtuung fest

Die „Germania“, das Zentralorgan der zentriertlichen Zoll- und Steuerräuber, der Schwerindustriellen Rädler, Typsen, der Großhändler und Ultramontanen, ist mit dem Heidelberger Parteitag der SPD. voll und ganz einverstanden.

Sie schreibt u. a.: „Man markiert in Heidelberg mit gedämpftem Trommelschlag. Man begeistert sich nicht mehr wie ehemals für das „Endziel“, sondern beschäftigt sich sehr höchstens mit den Dingen von heute und morgen. Diejenigen unter den Sozialdemokraten haben recht behalten, denen die Bewegung alles, das Endziel nichts ist. Vom sozialistischen Zukunftsstaat werden nur noch im Parteiprogramm einige schöne Worte zu lesen sein. In Wirklichkeit glauben nicht mehr viele an ihn.“

Ueberhaupt: diese Sozialdemokratie ist etwas ganz anderes geworden, als es die Partei Bebel's war. Die „Lob-Feinde der bürgerlichen Gesellschaft“ (ein häufig gebrauchtes Wort Bebel's) sind koalitionsfähige Partner dieser „bürgerlichen Gesellschaft“ geworden. Zwar fehlte es auch in Heidelberg nicht an Stimmen, die das alte Lied von der „reinen revolutionären Masse“ in neuer Lesart sangen. Aber die über-große Mehrheit des Parteitages stellte sich entschlossen hinter den Parteivorstand, der die Politik positiver Mitarbeit in jeder Stellung vertritt, in der Regierung wie in der Opposition. Sie wollen auch in der Opposition sich die deutsch-

nationalen Taktik nicht zum Muster nehmen, und verwarfen das Mittel der Obstruktion.

Die sozialdemokratischen Massen haben ein positives Verhältnis zum deutschen Staat gefunden. Diese Tatsache hat in Heidelberg erneute Bestätigung gefunden und das ist ohne Zweifel für unsere innenpolitischen Verhältnisse ein großer Gewinn. Die Sozialdemokratie will nicht mehr in nächster Zukunft absteigen, sondern mitarbeiten.

Man kann diese Bestimmung mit Genugtuung buchen. Schwungvolle programmatische Deklamationen, die die große Masse uninteressant finden mögen, werden eben wenig beachtet zu nehmen wie den Reden der wilden Männer, die jede Zusammenarbeit mit „Bürgerlichen“ als eine Verhöhnung an dem dreimal gepriesenen Programm verdammen.

„Die große Masse“, der Proleten nämlich, wird in Zukunft „schwungvolle programmatische Deklamationen“ der SPD „ebenfalls wenig interessiert nehmen“ wie die Bourgeoisie. Die „Kandbemerklungen der Germania“ beweisen, daß die SPD von der Bourgeoisie als eine bürgerliche Partei angesehen wird, als „koalitionsfähiger Partner“ dieser „bürgerlichen Gesellschaft“. Mit Genugtuung bucht das Zentrum, daß das „Endziel“ d. h. der Sozialismus, aufgegeben worden ist.

Die SPD hat den Sozialismus aufgegeben. Die Klassenbewehte Arbeiterschaft, welche diese Preisgabe bezweifeln muß, wird dieses Endziel wieder aufnehmen, das Lohnelend wieder kämpfen in der geeinten roten Front.

Finanzkrisis im Landbund

In die Freude über Zolltarif, Schutzschleue und die glückliche Amerikanleihe der Rentenkreditbank mischt sich der Zusammenbruch einer ganzen Reihe von Landbund-Unternehmungen. Schnell hintereinander sind die Landbund-Gesellschaften in Brandenburg, Schlesien, Ostpreußen, Sachsen, Mecklenburg und Niederlausitz in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Auch die Bank für Landwirtschaft, die dem Landbund nahesteht, befindet sich in ersten Schwierigkeiten. Und die Reichsbund- und Verkaufsgesellschaft des Landbundes veröffentlichte kürzlich eine Verlustbilanz.

Was bedeuten all diese Erscheinungen? Der Landbund ist nicht nur die mächtigste politische Organisation der Groß-Agrarier, sondern zugleich ein Wirtschaftskonzern allerersten Ranges. Die Landbundgesellschaften suchten den Grob- und Kleinhandel auf dem Lande an sich zu reißen, sie machten Bankgeschäfte für die Landbedürftigen, sie kauften Zeitungen, um so ihren politischen Einfluß zu stärken und Spezialitäten auf alle mögliche Art und Weise. Es ging dem Landbund wie der Schwerindustrie: hier wie da haben wir eine mächtige Konzernbildung aus der Inflationszeit, die zugleich politisch und wirtschaftlich ihre Macht ausübte.

Jetzt gibt es dem Landbund genau so schlecht wie den Inflationskonzernen der Industrie. Die führenden Männer des Landbundes haben ihre Wirtschaftskraft überschätzt, sie haben viel zu viel Geschäfte an sich reißen wollen, sie haben viel zu viel Unternehmungen in der Hand, für die jetzt das Betriebskapital fehlt.

Es ist eine Ironie des Schicksals, daß der Landbund als Konzern in dem Augenblick schwer erschüttert wird, in dem er wirtschaftspolitisch am Ziel zu sein schien. Die deutsche Wirtschaftskrisis läßt sich nicht so fein und läßt sich durch politische Eingriffe nicht aufhalten.

Nun ergibt sich eine ganz große Gefahr für die Bauernschaft. Aus dem zeitlichen Zusammenfallen der Landbündel mit dem Abbruch der Amerikanleihe der Rentenkreditbank. Wir Kommunisten haben von vornherein erklärt, daß die Masse der Kleinbauern von dem Dollarkurs nur wenig profitieren würde. Daß die Rentenkreditbank die Hauptmasse der amerikanischen Gelder den Groß-Agrariern vorbehalten würde. Den Kleinbauern war nur ein Rest zugesagt, auf den überdies nur solche Bauern hoffen durften, die dem Landbund treu ergeben sind.

Nunmehr wird der Landbund in erster Linie versuchen, seine krankende Genossenschaft wieder aufzurichten. Der entscheidende Einfluß, den der Landbund in den leitenden Körperschaften der Rentenkreditanstalten ausübt, wird dazu mißbraucht werden, um die amerikanischen Gelder den bankrotten Landbund-Unternehmungen zuzuführen. Es wird an Krediten für die Kleinbauernschaft erst recht nichts übrig bleiben.

Genau so wie die Stimmstreife der Arbeiterschaft zeigt, daß die stolzen Konzerne der Schwerindustrie nicht unüberwindlich sind, so zeigt die Landbündelkrise den Kleinbauern und Landarbeitern, daß auch die Macht der Groß-Agrarier ihre Grenzen hat. Man kann sich politisch im Reichstag die nötigen Mehrheiten zusammenschieben, man kann aber die wirtschaftlichen Tatsachen des heutigen Deutschland nicht aus der Welt schaffen.

Genosse Max Hoelz im Hungerstreik!

Aus Groß-Strehlitz wird uns geschrieben:

„Nun hat auch Groß-Strehlitz seinen „berühmten Ge-langenen“. Seit kurzem befindet sich bekanntlich in der hiesigen Strafanstalt Max Hoelz. Ueber die Gründe der Ueber-führung von Hoelz nach hier hat sich die Justizbehörde wohlweislich ausgelassen, obwohl diese für jeden Kenner der hiesigen Verhältnisse nicht zweifelhaft sein konnten. Die Behandlung, die Hoelz nunmehr hier erfährt, ist schon Antwort genug.“

Zunächst befindet sich Hoelz in Einzelhaft, obwohl er als langjähriger Zuchthausgefangener nur mindesten gemeinsamen Spaziergang verlangen kann. Seine Lokute ist ihm entzogen worden, man glaubt mit einem Sonntagstratäcker die geistigen Bedürfnisse von Hoelz befriedigen zu können. Für den Bierverkehr und die Besuche seiner Frau werden die strengsten Zuchthausbestimmungen rigoros durchgeführt. Man beabsichtigt sogar, Hoelz, dessen empfindliche Nervosität auch dem Strafvollzugspräsidenten in Breslau bekannt sein dürfte, zu aufreibender mechanischer Arbeit zu zwingen. All diese Zustände haben bei Hoelz ungeheure Erregung ausgelöst, und wie wir nun aus zuverlässiger Quelle erfahren, ist

Hoelz am Sonntag, den 20. d. Mts., in den Hungerstreik getreten!

Hoelz hat ganz richtig erkannt, daß die Groß-Strehlitzer Zuchthausmethoden nur den Zweck haben, ihn einseitig klein zu kriegen. Dagegen wehrt er sich. Vielleicht veranlassen Sie Veröffentlichung dieser Tatsachen, damit das, was hinter den hiesigen Zuchthausmauern geschieht, zur Kenntnis der Öffentlichkeit gelangt.“

Wir haben bereits gestern kurz die Nachricht des Hungerstreikes gebracht. Obige Zuschrift beleuchtet näher die Umstände, aus denen heraus Max Hoelz zu jenem Verzweiflungskampf geschritten ist. Zweifellos sind die Schikanen und Qualereien der Zuchthausverwaltung nicht die alleinige Ursache für ihn. Hinzu kommt noch die Amnestiefrage, die Tatsache, daß völlige Hochverräter und Mordmörder sich der republikanischen Freiheit erfreuen können, während Genosse Max Hoelz hinter Kerkermauern langsam zu Tode gequält wird. Der Groß-Strehlitzer Hungerstreik von Max Hoelz ist eine Mahnung für die Arbeiterschaft, im Kampf um die Amnestie nicht zu erlahmen. Heraus endlich auch mit den proletarischen politischen Gefangenen!

TASCHKENT

DIE BROTREICHE STADT ALEXANDER NEWEROW

7 NEUER DEUTSCHER VERLAG — BERLIN W 8

Wichtig erhob sich der dritte Bauer.

„Ist doch alles gleich. Hier können wir nicht sitzen bleiben.“

„Wollt gehen?“

„Ich geh allein.“

Der Greis, der nicht von den Bauern war, wählte mit zitternden Fingern wie ein Huhn im Sand, bestreute die kleinen Steine, legte sie sich auf die Hand, berohr sie lange mit seiner schmerzigen, empfindungslosen Nase. Petro, ein großer, ge-beigter Bauer, sah den Greis erkannt an, als merkte er ihn eben erst.

„Du mein gehört du, Alter?“

„Ja, Vater, weiß selber nicht, zu wem ich gehöre. Ich habe mein Gouvernement verloren.“

„Woher kommst du?“

„Wo soll ich denn hinfahren? Siehe hier an der Stelle schon fünf Tage, komme nicht vom Fleck. Habe mit meinem Sohn, der ist aber gestorben. Möcht mich gern mit euch zusammenhaken.“

„Wir gehen zu Fuß. Hier darf man nicht kutschigen.“

„Was schadet das? Kann auch laufen, so lange noch meine Beine tragen. Habe schon fechtig Weist ohne Unterbrechung zurückgelegt.“

Die Frauen mit dem kleinen Mädchen schauten unruhig in die weite, kahlste Steppe. Sie fürchteten sich zu laufen, fürchteten sich auch, allein zurückzubleiben. Standen demütig, wußte da, die Straße eingebuchtet von den Schattenschändern der Leinwandbeutel. Sidor, ein barfüßiger Bauer, schaute mit den Lippen.

„Sollen wir gehen oder nicht?“

„Gehen wir“, rief Jermolaj. „Und du, Großvater, was machst du?“

„Komme auch mit. Wo soll ich mich sonst hanteln?“

„Wirst du's schaffen?“

„Sicherlich schafft ich es, so Gott will.“

Sie rüdten zuammen, eine kleine, verlassene Herde. Trofim sah Mischka entschlossen an.

„Sie wollen gehen. Traust du dich?“

„Und du?“

„Ich geh mit.“

„Ich geh auch mit.“

„Wirst du vierzig Weist laufen können?“

Mischka rieb seinen Bauch.

„Jetzt könnte ich noch mehr.“

Der große, gebeugte Petro, in einer aufgetrennten Mähe, machte einen Schritt vorwärts, blieb einen Augenblick stehen. Sah nachdenklich auf den Kirchturm der Station mit dem sonnenbeschienenen, eisernen Kreuz darauf, schwang den erhobenen Stock und führte die anderen die hellen, blinzelnden Schienen entlang in die weite, lodende Steppe mit den blauen Berggipfeln, unter dem Geng der Telegraphendrähte, unter dem schwachen, fremden Gelaute der Abendgloden.

Sie fragten nach, ob die Bauern sie mitnehmen wollten. Sie hatten sich nicht einmal richtig miteinander verständigt. Man mußte näher an Taschkent herankommen, in die kalten, brot-reichen Länder kommen, die sich hinter fernem Hügeln verborgen. Auf der Station wurden sie nicht mitgenommen, man hatte sie vom Wagendach heruntergeworfen. Nun gingen sie zu Fuß, ohne zu überlegen, mit kleinen, munteren Schritten und hatten keine Angst. Dachten immer, die Bauern würden sich umwenden, zu ihnen sagen:

„Böhne?“

„Sie würden dann antworten: „Nach Taschkent!““

Die Bauern wandten sich zwar am, doch fragten sie nicht, wohin die Jungs gingen. Um die kümmerten sie sich nicht. Der Soldat ging humpelnd, holte weit mit dem Holzbein aus, erzählte aus:

„Das Wasser in Taschkent ist sehr kalt, und alles spiegelt sich darin wie in einem richtigen Spiegel. Dort wachsen so viel Beeren, um nicht zu lügen, ganze Depjatnen voll. Du gehst zum Beispiel den ganzen Tag und fressst immer nur Gärten und Gärten. Kein Haus hat ein Laub, und überall Wassergräben.“

„Was kostet denn das Brot?“

„Brot ist billig. Wenn du vierzehn Tage bei Garten arbeitest, kannst du dein Essen verdienen und außerdem noch so an acht Zentner mitnehmen.““

Der Greis, das kleine Mädchen, die Frauen, die drei Bauern und Mischka und Trofim wurden aufgemuntert durch die frohliche Stimme des lahmen Soldaten. Sie sahen zuversichtlich auf die blauen Berggipfel und gingen in einem unregelmäßigen, langgezogenen Dreieck immer weiter dem kalten, durchsichtigen Wasser, dem billigen, ihre Herzen aufwühlenden Brot, den grünen, endlosen Gärten entgegen.

28.

Jernhin breitet sich die weite, in rotes Sonnenlicht gehüllte Steppe mit seltenen Hügelchen. Einsam kreisen Steppengeräber über den toten, grauen Salzlagern, setzen sich dann auf die alten Gräber der Steppenfürsten, sitzen da wie traute Wächter, mit starren, schwarzen Köpfen. Große, jungfräuliche Kleiten strecken sich in langen Ketten die Gräben entlang, steigen auf Hügel, ängstigen durch ihre tote Einsamkeit, durch die unwegsame, nie gestörte Ruhe. Die Sonne stieg in den Zenit, begann unterzugehen. Die Mittagschatten wurden kürzer.

Der Soldat mit dem Holzbein erzählte nicht mehr vom dem kalten, durchsichtigen Wasser, sah böse mit roten, entzündeten Augen auf die toten Steppenweiten, sagte hoffnungslos:

„Wir kommen nicht bis zur Station. Wir schaffen's nicht.“

Die Frauen, das kleine Mädchen sperrten schief ihre vertrockneten, verhungerten Mäuler auf, saßen sich an den Händen, meinten vor brüderlicher Angst. Nur Sidor, der barfüßige Bauer, und Jermolaj mit dem diden, ungesammeten Haar marschierten hartnäckig drauf los, die schwarzen, verwiterten Köpfe vorgebeugt, und holten mit ihren zerklüfteten Füßen weit aus. Petro, der voranging, hob seinen Wanderstab in die Höhe, be-schirmte die Augen mit der Hand, schaute die dahineilenden, glänzenden Schienen entlang und sagte ab und zu beruhigend:

„Dort ist was Dunkles zu sehen.“

Namen sie aber an den dunklen Fleck, der das Auge er-trent hatte, wurden die Herzen wieder von Trübsal beklümmert. Das waren nur Ritzen, verlassene Lagerstätten, Haufen zer-spalteter Lehmziegel, die schwere, traurige Arbeit von Flüchtlingen. Wieder spähte Petro unter der Hand hervor, suchte wieder die verlorengegangene Station.

Die Station war nicht mehr zu sehen.

Nur der Telegraphendrahthummelte, nur manchmal traf man umgefallene Eisenbahnwagen, die den Abhang heruntergeworfen waren, und zerbrochene Lokomotiven, die letzte Spur des Bürgerkrieges, der über die Steppen von Turkestan bis Samara gezogen war.

(Fortsetzung folgt)

Ein Festtag der Arbeiterrevolution und des Genius der Wissenschaften

(Von A. Lunarski.)

Am 5. September beging die russische Akademie der Wissenschaften unter großen internationalen Feierlichkeiten das Jubiläum ihres 200-jährigen Bestandes.

Das Jubiläum der Akademie der Wissenschaften der Sowjetunion hat sich in einen großen Festtag der gesamten Welt und zugleich damit der ganzen Welt verwandelt. Die Regierung hat dieses Jubiläum zu einer großen Feier ausgestellt, die sowohl in der Presse wie auch in der Öffentlichkeit starken Widerhall gefunden hat. Die gesamte wissenschaftliche Welt, und mit ihr die öffentliche Meinung aller Länder, hat diesem Ereignis gleichfalls große Aufmerksamkeit gewidmet. Die Stimmen im Ausland waren sehr verschiedenartig. Einige wissenschaftliche Institute und einzelne Gelehrte haben versucht, manchmal sogar machen wollten, das ein großer Festtag in der Welt der Wissenschaft, aber zugleich damit auch ein Festtag der verhassten Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken war. Aber gerade das Vorhandensein dieser eigenartig ablehnend gestimmten Elemente in der internationalen Meinung der Gelehrten und der Öffentlichkeit hat diesem Ereignis besondere Lebendigkeit verliehen.

Was hat es sich hier gehandelt? Wären unsere Akademiker im Rechte, wenn sie sagen würden, daß ihre persönlichen, von allen hochgeschätzten Verdienste sie an diesem Festtag in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Welt rücken? Wären sie im Rechte, wenn sie als Hauptursache einer solchen Aufmerksamkeit und des feierlichen außerordentlichen Charakters dieses Festtages die 200-jährigen Verdienste der Akademie auf dem Gebiete der Wissenschaft ansehen würden, die ja tatsächlich einen ganzen Berg von Entdeckungen und Erfindungen darstellten, vor denen sich jedermann ehrfürchtig beugen muß? Nein. Ungachtet aller unserer gewaltigen Leistung vor den jetzt lebenden akademischen und ihren verstorbenen Vorgängern müssen wir sagen, daß der Festtag der Akademie natürlich ein dankbarer und bemerkenswerter war, aber eine solche ungeheure Bedeutung gerade dem Umstande gewonnen hat, daß sich hier eine große Einwirkung der Wissenschaft, die Abberleerungen von außerordentlichen Werte befiel, freiwillig in den Dienst des ersten sozialistischen Staates gestellt hat.

Gerde dies aber verleiht dem Ereignis weltgeschichtliche Bedeutung. In der Tat hat es sich an diesem Festtage erwiesen, daß das Proletariat, noch dazu das Proletariat eines der rückständigsten Länder Europas, das die Macht in seine Hände genommen hat, es versteht, die Wissenschaft zu schätzen.

Es ist tatsächlich ein friedliches Zusammenarbeiten der höchsten Spitzen der Kultur mit den Volksmassen, die die Zukunft der menschlichen Rassen gesteuert haben, denkbar? Der Festtag hat es gezeigt, daß all dies möglich ist und daß all dies natürlich ist. Er hat es anschaulich der gesamten Welt bewiesen, daß das Proletariat im Rechte war, der das Bündnis „des vierten Standes“ und der Wissenschaft“ erwartet hat.

Als ein in seiner Anschaulichkeit erster Akt der feierlichen Verbrüderung der befreiten Arbeiter und der Wissenschaft ist das Jubiläum unserer Akademie zu einem großartigen Ereignis geworden: die Gelehrten der gesamten Welt sind herzugereist, um an diesem Festtage an der offiziellen, ja sogar in aller Form stattfindenden Bemannung der Arbeiterrevolution und des Genies der Wissenschaft teilzunehmen.

Gewöhnlich sind offizielle Feierlichkeiten, die auf ihnen gehalten werden amtlich optimistisch und zugleich damit amtlich uniformiert. Ganz anders der Festtag unserer Akademie. Jedes aus ihm ausgesprochene Wort ist originell und bedeutungsvoll. Es wird in der Zukunft keinen einzigen Geschichtsschreiber der allgemeinen Kultur geben, der an dieser gewaltigen Erscheinung neuer Umgruppierungen sozialer und kultureller Kräfte vorbeigehen könnte, die im Endergebnis zur Schaffung einer ganz neuen Welt führen werden, die von der alten Welt mit Schmerzen abgetrennt wird.

Die Akademie ist zu ihrem 200-jährigen Bestande vor allem deshalb zu beglückwünschen, weil sie am Ende dieses gewaltigen Zeitabschnittes, alle übrigen großen wissenschaftlichen Organisationen überflügelt, durch den Triumphbogen der größten Revolution, die die Erde gesehen hat, in den Vorhof der neuen Welt eingezogen ist.

Warum die englischen Ausbeuter Sowjetrußland so böse sind

Die gewaltige Wirtschaftskrise Englands, die sich in einer rasch ansteigenden Zahl der Arbeitslosen in der revolutionären Erregung des Proletariats in einer passiven Handelsbilanz und sogar in einer drohenden Passivität der Zahlungsbilanz äußert — um nur ihre wichtigsten Symptome hervorzuheben — gibt natürlich auch der englischen Bourgeoisie zu denken. Wie herauskommen aus dem Schlamassel? Wie ernst für England die Sache ist, zeigt sich darin, daß sogar die „Times“, das offizielle Organ der Baldwin-Regierung, Zuschriften aus ihrem reaktionären Leserkreis Raum geben muß, die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Rußland fordern und die für die Krediterteilung an Rußland plädieren.

Die nämlichen Fragen werden natürlich auch in anderen bürgerlichen Blättern Englands behandelt. Hier und da bricht bei dieser Kontroverse die ganze reaktionäre Rückständigkeit der englischen Konservativen fast grotesk-tomisch hervor. So schreibt ein Leser der „Times“:

„Herr Combs, der für Krediterteilung an den russischen Zentrosos (Russsche Genossenschaft) ist, vergißt, daß die Sowjetregierung in England keine Kredite erhält wegen ihres schändlichen Vergehens

1. durch Nichtanerkennung der englischen Schuldenforderungen an den Zaren,
2. durch entschuldigungslose Enteignung britischen Besitzes in Rußland.

Und dazu erklärte Combs auf dem letzten englischen Gewerkschaftskongreß: Die Sowjets haben den Bankiers, Ausbeutern und Großgrundbesitzern ihren Raub abgenommen und wir Russen sehen gar nicht ein, weshalb wir auf diese Grundsätze verzichten sollten!“

Mr.

Natürlich die Kommunisten

Die intelligente bürgerliche Presse setzt ihren noch intelligenteren Lesern folgende erschrockene Nachricht vor:

London, 22. September. Daily Telegraph meldet aus Tokio, die Polizei scheint vollständig überzeugt zu sein, daß zwischen der Bevölkerung der beiden Häuser, des Parlaments und der Redaktionen des Brünen, durch Feuer in Zusammenhang besetzt. Die Polizei glaube, daß die von den Kommunisten der Dritten Internationale besetzten Extramission ständig verbrecherische Pläne gegen den Staat schmiedeten, um die Regierung zu terrorisieren.

In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß gegenwärtig auch in Berlin kein Tag ohne Brandstiftung vergeht. Sollten etwa ... (11)

„Das Morgenrot, das über Rußland leuchtet, wird auch über Europa aufgehen“

Der demokratische Landtagsabg. Krüger aus Thüringen über die Errungenschaften Sowjetrußlands Ein Lob der russischen Erziehung und Schule

Die Leningrader Lehrerschaft bringt folgende Beurteilung Sowjetrußlands aus der Feder des thüringischen demokratischen Landtagsabgeordneten Krüger, der an der Studienfahrt der ersten internationalen Lehrdelegation teilnahm:

Man fühlt überall, daß ein starker Rhythmus durch das russische Volk geht, und daß der Weg langsam aber sicher und hoffnungsvoll aufwärts führt. Der Aufbau beginnt zielbewußt beim Kinde und bei denen, die nationale Produktion vorwiegend tragen, beim Arbeiter. Beide werden in gesündere und menschenwürdigeren Verhältnisse gebracht, alimen endlich nach jahrhundertelanger Unfreiheit und wirtschaftlichem Druck auf und werden der Regierung, die sie befreite und ihnen half, treu und dankbar sein.

Professor Krüger hat in einer Sitzung des Moskauer Sowjets, der die gesamte Lehrdelegation bewohnte, und in der der Delegation auch das Wort erteilt worden ist, folgendes ausgeführt:

Wir beneiden Sie, weil wir sehen, wie hier die Werke wefen. Meine Biographie Ihnen zu erzählen, habe ich nicht die Absicht. Ich will Ihnen nur das eine sagen, daß ich schon dreimal wegen der Politik in meiner Arbeit gehindert worden bin.

Wir beneiden Sie, weil wir sehen, wie hier die Werke für die Öffentlichkeit auf die breiten Schultern des Volkes gestellt sind. Wir sind hergekommen, um zu sehen, wie dieses Werk gedeiht und wir werden nicht schweigen über das, was wir gesehen haben. Und wir werden dafür eintreten, daß wir auch dahin kommen, wo Sie jetzt schon sind. Allerdings, es wird noch eine Zeit dauern, denn in unserem Lande ist die Bourgeoisie noch fest im Sattel. Aber wir arbeiten — schwerer als Sie arbeiten wir — aber die Zukunft wird uns zusammen finden. Das Morgenrot, das über Rußland leuchtet, wird auch über Europa aufgehen.“

Das sagt ein Demokrat, also ein Bürgerlicher! Ein Fachmann spricht über sachmännisches Gebiet, also kein „einfacher, dummer Arbeiter“, wie die SPD-Presse die Arbeiterdelegierten beleidigt, über Dinge, die sie angeblich nicht versteht.

Der thüringische demokratische Landtagsabgeordnete Anders Krüger, dessen politische Stellung im Landtage bekannt ist,

wird sicher wollen Kreisen der thüringischen Bevölkerung als ein objektiver Zeuge der russischen Errungenschaften gelten können. Man wird ihm nicht vorwerfen können, daß er ein Kommunist ist und in „sowjetrußlischem Gold“ steht.

Wir bitten unsere Leser, dafür zu sorgen, daß die Aussagen von Krüger überall bekannt werden und überall mitzuteilen, den Augenwall um Sowjetrußland niederzureißen.

Werden die SPD-Blätter in Thüringen jetzt noch wagen, mit Schwindelartikeln gegen Sowjetrußland aufzutreten und zu hetzen?

Der Demokrat v. Schönau nochmals über Rußland

Der Reichsbauerngeneral Freiherr von Schönau verbleibt in der „Vossischen Zeitung“ einen Schlußartikel über seine Rußlandreise, der wert ist, von unseren Genossen beachtet zu werden, damit sie sozialdemokratischen Verleumdern, die sich nach Rückkehr der Arbeiterdelegation erneut mit ihren Märchen und Greuelgeschichten über Rußland austreten, entgegenzutreten können. Schönau, der Rußland vor dem Krieg bereist hat und russisch spricht, erklärt, daß er alle Däber naturgetreu gesehen hat und erklärt:

Ein Reisender, der heute ohne Kenntnis dessen, was vorgegangen ist, nach Rußland käme, würde zunächst gar nicht merken, daß er sich in einem kommunistischen Lande befindet. Außerlich ist alles wie in kapitalistischen Ländern. Erst bei genauerem Hinsehen fällt das Fehlen jeglichen Luxus auf. Lumpenproletariat gibt es dagegen weniger als früher. Die Menschen sehen ganz zufrieden und gut genährt aus.

Man vergleiche diese lachlich nächste Feststellung eines Demokraten mit dem Geschwafel der sozialdemokratischen antibolschewistischen Presse, die sich vor Wut überschlägt und täglich neue Märchen erfindet.

Auch die „Fischelagruel“, die mit Vorbeude von den antibolschewistischen gebraucht werden, bezeichnet Schönau als Märchen. „Alles, was im Auslande an Greuelgeschichten über Rußland gebraucht wird, stammt, wenn es nicht überhaupt gelogen ist, aus der Zeit vor 1922.“

Zum Schluß erklärt Schönau:

„Heute steuert Rußland wirtschaftlich ungewisselhaft aufwärts.“

Die Bauerninternationale an den Parteitag der Republikanischen Agrarpartei in der Tschechoslowakei

Die Tschechische Republikanische Partei der Agrarier und Bauern, die tatsächlich eine Partei von Großgrundbesitzern ist, bereitet sich, unter der Leitung der Vereinigung aller „Landwirte“ zu der Wahlen vor und beruft zu diesem Zwecke einen Parteitag „zur Bearbeitung“ der Bauern ein. Wie sehr dieser Partei die Interessen der Bauern teuer sind, ist aus ihrer „Kleberzettel“-Tätigkeit zu ersehen.

Die Agrarreform unter Mitwirkung der Parteivorstandenden Svehla und seines Stellvertreters Jodza hat als Antwort auf die Erklärungen von 22191 landlosen und landarmen Bauern jedem nicht mehr als einen Drittel Hektar Bodens gegeben.

Die Steuern wachsen in unzulässigem Maße an. Die Bank des Finanzministeriums arbeitet zu gleicher Zeit mit einem Gewinn von 300 Prozent. Als Ergebnis zeigt sich bei der Bilanz des Staatshaushaltes ein Defizit von 273 Millionen Kronen.

Die Bauernwirtschaften sind zurruine gerichtet. Für die Bauern wird nichts getan, aber für das Heer, die Gendarmerie, Polizei usw. werden jährlich 3488 Millionen Kronen verausgabt.

Die Bauerninternationale mahnt die tschechoslowakische Bauernschaft, daß sie ihre Organisationen von den Großgrundbesitzern und deren Lakaien reinigen und zu den bevorstehenden Wahlen einen Bloß der Arbeiter und Bauern schaffen muß.

Die Bauerninternationale zu den tschechischen Wahlen

Seit den ersten Tagen des Bestehens der Tschechoslowakei als Staat befindet sich an der Regierung eine Koalition des Großbürgerlums, der Großgrundbesitzer und der Sozialdemokraten, mit der Agrarpartei an der Spitze.

Obgleich seit langem die Führer der Agrarpartei Svehla Ministerpräsident und Jodza Ackerminister sind, ist die versprochene Agrarreform nicht durchgeführt worden. Die Steuern mit denen die Bauernschaft belegt wird, haben sich außerordentlich erhöht, und gegenüber der Bauernschaft herrscht die Willkür der Bevormundung. Zu gleicher Zeit haben sich die Führer der Agrarpartei durch „Benzin, Zucker, Branntwein“ und andere Spekulationen und durch Ausplünderung der Staatskassen ausgezeichnet.

Die Enttäuschung unter den Bauernmassen, die beispielsweise bei den Wahlen in Karpatenrußland zutage trat, wo über Aufhebung der Bauerninternationale die Bauernschaft in ihrer getragenen Mehrheit der revolutionären Liste ihre Stimme gab, wächst an, und die Partei ist schon in ihren Grundlagen erschüttert. Bereits ist aus ihr die Mehrheit der örtlichen Organisationen der Bauern (Domoviny, Häuser) ausgezogen, und auch andere Teilschaltungen sind vor sich gegangen. Am 1. in einer gewissen Stellung zu halten, hat Svehla zum 5. September einen Parteitag einzuberufen, um die Stimmung der Bauern mittels neuer Verprechungen zu beeinflussen.

Die Bauerninternationale, der es gelungen ist, eine gute Verbindung mit den tschechischen Bauernorganisationen der Tschechoslowakei herzustellen, hat an die Agrarpartei, an alle Zeitungen und Organisationen einen offenen Brief geschickt, der die bauernfeindliche Tätigkeit der Agrarpartei enthält und in dem sie die Bauern auffordert, in einen Bloß mit der Arbeiterklasse zu den Wahlen zu gehen.

Aus der russischen Wirtschaft

Der Geldumlauf in Rußland wurde von dem Leiter der Balutanabteilung des Finanzministeriums auf zuletzt 1215 565 100 Goldrubel angegeben. Davon sind 86,2 Prozent Papiergeld und 12,4 Prozent Silbergeld, der Umlauf des Kupfers wird mit 0,6 Prozent und an Bonds mit 0,8 Prozent der erwähnten Gesamtsumme berechnet. Der Umlauf am 1. September lag 11 Prozent höher als der Umlauf im August. Begründet wird dieser Vorgang mit der rasch zunehmenden Entwicklung der russischen Industrie und der Reformate. Im Zusammenhang mit der Realisierung und der Ausfuhr der Getreideernte

eine weitere erhebliche Steigerung des in Baluta und Gold annähernd 40 Prozent gedeckten Geldumlaufs zu erwarten.

Der Reinertrag der russischen Industrie wird für 1924/25 vom Obersten Wirtschaftsrat auf 15,5 Millionen Goldrubel geschätzt. Die Summe geht etwas über den „Botschafts“-Aus. Trotz ungünstiger Bedingungen im Zusammenhang mit der vorjährigen schlechten Ernte hat die Weiterentwicklung der russischen Industrie die Erwartungen der russischen Behörden eher noch übertraffen. Für das nächste Jahr sind riesenhafte Investitionen in der russischen Industrie geplant, die sehr wahrscheinlich auch in erhöhten Reinerträgen zum Ausdruck kommen werden.

Die Herstellung künstlicher Seide in Rußland soll durch das Präsidium der Nord-West-Industrie organisiert werden. Zunächst wird eine Jahresproduktion von 25 000 Pud Kunstseide erstrebt. Eine Studienkommission wird in den nächsten Tagen zum Zwecke des Studiums der erforderlichen Einrichtungen eines russischen Werkes dieser für Rußland neuen Industrie sich nach dem Ausland begeben. Die Kommission erhält auch bei Aukttrag zum Einkauf der Einrichtung von Kunstseidefabriken.

Arbeiterliteratur

Organisations-Broschüren

Die Beschlüsse des Parteitages in der Organisationskommission der Partei, d. h. über die neue Form des Parteiaufbaus und die neuen Methoden der Arbeit auf allen Gebieten unserer Tätigkeit zu verhandeln. Jeder Parteimitglied, jeder Fraktionsleiter, jeder Funktionär, ja, jedes Mitglied muß wissen, wie mit der Umstellung der Gesamtorganisation auf die Betriebszellen auch die gesamte bisherige Arbeit vom Wohnort zum Betriebszellen-Organisation umstellt.

Bier kleine Broschüre sind es, die jedem Genossen einen guten Überblick über alle diese aktuellen Organisationsfragen geben können.

1. Eine kleine vom Zentralkomitee der KP. herausgegebene Schrift, „Die Reorganisation der KP.“ in der die organisatorischen Beschlüsse des Parteitages enthalten sind mit einer Anleitung, welche nächsten Schritte jetzt von den Parteileitungen durchgeführt werden müssen.

2. Eine vom Büro des ZK. herausgegebene Broschüre „Der Aufbau der kommunistischen Parteien“. Hier sind enthalten die Beschlüsse der letzten erweiterten Exekutive und der Moskauer Orberation vom März 1925 zu den Fragen der Reorganisation. Das wichtigste Material dieser Organisationsberatung ist zum Teil protokolllarisch in dieser Schrift niedergelegt. Jeder Genosse wird hier eine Fülle von Anregungen und Beispielen aus der Praxis finden.

3. Die Broschüre des Genossen Viatniski „Organisatorische Fragen der kommunistischen Parteien“. In dieser Schrift sind eine Reihe wertvoller Aufsätze, Neben des Orberators der KP. enthalten, die glänzende Erklärung zu den Beschlüssen der Organisationsberatung geben. So z. B. gutes Material über den Parteiaufbau, über die Zellennarbeit in den Betrieben und die Beteiligung der Parteifunktionen unter den Zellennmitgliedern, über das Verhältnis der Zelle zu den Lokalorganisationen, über die Arbeit der kommunistischen Fraktionen. Wertvoll ist die schematische Darstellung des Organisationsaufbaus einer kommunistischen Partei, die Verbindung der Parteioorganisation mit den verschiedenen kommunistischen Fraktionen.

4. Eine kleine Schrift des Genossen Aganoritsch, des Organisationsleiters der russischen Partei, „Der Aufbau der KP.“ (Poltschewski). Der Hauptinhalt umfaßt die organisatorischen Vorschriften des Bolschewismus und dieser Zeit bildet den besten Kommentar bei der Diskussion über unser eigenes neues Parteiaufbau. Diese Schrift gibt einen guten Überblick über die Struktur unserer russischen Bruderpartei. Das Skizzen der KP. ist in dieser Schrift abgedruckt und ebenfalls ein Schema des Aufbaus der KP.

Natur und Technik

Eine neue Lichtquelle. Die Blätter berichten aus New York, der amerikanische Chemiker Guise Menlo habe eine neue Lichtquelle entdeckt, die geeignet scheint, eine völlige Umwälzung im Beleuchtungsweisen herbeizuführen. Es handelt sich nach dem „New York Herald“ um eine radioaktive Flüssigkeit, die ohne irgendwelches Zutun mindestens zehn bis fünfzehn Jahre gleich bleibt. Dabei übertrifft diese an Helligkeit das heute gebräuchliche elektrische Licht. Der Gelehrte habe bereits im Jahre 1909 eine solche Radiolampe konstruiert und in einem Bergwerk deponiert, wo sie während sieben Jahren ununterbrochen funktionierte, bis sie durch einen Unfall zerstört worden sei.

„Kino“ vor 7000 Jahren. Die ersten Anfänge der Kinetographie sind in den orientalischen Schattenspielen zu suchen, die ja zu den frühesten Urformen des Theaters gehören. Nach den Forschungen waren die Chinesen schon vor 7000 Jahren Meister in der Kunst, Figuren, die aus Wachs oder Leinwand waren, auf einem weichen Pergament als Schatten erscheinen und die wunderlichsten Bewegungen ausführen zu lassen. Die chinesische Schattentheater, die sich bis auf den heutigen Tag erhalten hat, laucht dann überall im Morgenland in unvorstellbaren Zeiten auf, ist in Ägypten und Persien heimisch und hat die orientalische Bühne in mannigfacher Hinsicht bestimmt. Der Beginn der modernen Kinetographie datiert vom Jahre 1824, also gerade vor 100 Jahren. In diesem Jahre veröffentlichte ein englischer Gelehrter Dr. Roger eine Abhandlung, in der er die bereits von Leonardo beschriebene

Kamera obscura und die darauf gegründete Laterna magica mit dem perspektivischen Prinzip der Panoramadarstellung verband. Die Mode große Panoramen zu malen und auszustellen, kam damals auf und wurde außerordentlich vervollkommen. Im Jahre 1839 gelang es dann dem englischen Erfinder William Breje-Greene, mit dem Prinzip der „Laterna“ die Fortschritte der Photographie zu verknüpfen und den ersten Zelluloidfilm herzustellen. Das Patent, das er auf diese Erfindung nahm, bildet den Grundstein für die technische Entwicklung des Lichtbildes.

Verantwortlich für den gesamten Text: Richard Schulz, Breslau; für die Anzeigen: Arthur Müller, Breslau. Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft, G. m. b. H., Breslau. Druck: Pöppel-Verlag, Druckereistätte Breslau.

Schauspielhaus

Operettenbühne
Telephon Ring 2545

Täglich 8 Uhr:

Riquette

Gesellschaftshaus „Fürstenhof“

(früher Graf Dersch) Salzstraße 8
Streng festes Familienlokal
auswärtige Gäste willkommen und Reservierung in Privatzimmern und Konferenzräumen
Tel. Ring 1111 H. Hirsch

Liebig-Theater

Täglich 8 Uhr

Der
Sensations-
Erfolg

des
Eröffnungs-
Programms

Wochenspielplan

von Montag, den 21. bis Montag, den 28. September

Lobetheater

Montag, den 21. bis
Montag, den 28. Septbr.
abends 8 Uhr

„Der Kreisverkehr“
Spiel nach dem Chinesischen
von Klambund

Thaliatheater

Montag, den 21. bis
Donnerstag, den 24. Septbr.
abends 8 Uhr

„Der dreizehnte Stahl“
Kriminalstück
von Bayard Veiller

Freitag, den 25. und
Sonntag, den 26. Septbr.
abends 8 Uhr

„Der Gott der Rache“
Drama von Schalom Nisch

Sonntag, den 27. und
Montag, den 28. September
abends 8 Uhr

„Der dreizehnte Stahl“
Kriminalstück
von Bayard Veiller

Schuh-Heiz

Blücherplatz 4

Ernst Schmeller

Lieben
Hofstraße 10
Schuhmacher
Reparatur-
werkstatt
Macharbeit
Holzpantoffeln
Schnelle Bedienung
Billige Preise

Heimarbeit

Widerrühmchen-
leben (100 St. 3 Mt.)
wird überallhin ver-
geben. Angebote mit
Rückporto an
Oswald Klein
Ghemnig 1. Gasse
Martintstraße 2

Wo kauft man
Ledersohlen, Schäfte und
Schuhmacherbedarfsartikel
am besten u. billigsten?
Nur bei

Rosenfeld, Lederhandlung, Neumarkt 10
En gros und En detail

Bei jedem Einkauf

muß sich die Genossin
und der Genosse danach erkundigen,
ob der Geschäftsinhaber in unserer Zeitung
inseriert!
Die Geschäfte, die unsere Zeitung sabotieren,
sollen auch auf Euer Geld verzichten!
Kauft nur noch bei
Inserenten Eurer Zeitung!

Suche ein
großes Zimmer
Offerten unter G. 100 an
Exp. Schles. Arbeiter-Zeitung

Adolf Menzel

Landeshut i. Schl.
Motorfahrzeuge · Fahrräder
Näh- u. Nähmaschinen · Auto-Bereifungen
Reparatur-Werkstatt
Emailier- u. Autogene Schweiß-Anlagen

Allen Arbeiter-Gesangvereinen

empfehle die Kompositionen von
H. D. Lehmann
Auserziehung
Wiederholungs-Partituren für Anfänger
zu beziehen durch den Verlag der freien
Sänger-Gesellschaft Deutschlands

Paul Wittan, Düsseldorf
Elegstraße 15.

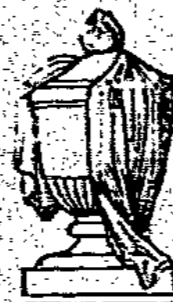
Gestohlen

Wäre ich die Frau nicht, trotzdem ver-
traute ich zu Sportwagen und gebe bei
großem Entzweiung. Große
Auswahl in Möbeln aller Art, Herren-
und Damen-Bekleidung, alle Sorten
Schuhwaren, Mänteln und Samen-
bekleidung, besonders Mäntel gebe ich
wegen Aufgabe dieses Geschäftes zu unteren
Preisen ab

Weißheimer
Röbel- und Bekleidungshaus
Franz Teuber.

Billigste
Lebensmittel
reellste Bedienung

Albert Gotsch
Breslau X
Herzogstraße Nr. 36



Der Verein der Freidenker für Feuerbestattung

ist die größte und billigste Bestattungs-Organisation

Wer ihm beiträgt, hat nicht eine Geldsumme versichert, sondern sich Sachwerte gesichert. Jeder Sozialist gehört in diesen Verein, da er das Prinzip der Eigenproduktion in hohem Maße verwirklicht hat. Bei Uebertritt aus jeder anderen Organisation werden die dort erworbenen Rechte voll zugestanden.

Keine Täuschung möglich, da weder ärztliche Untersuchung noch Gesundheitsklärung verlangt wird. Bei Unfällen sofortige Leistung: sonst ein Jahr Karenzzeit! Nur Kirchenaustritt Bedingung! Jeder innerlich frei Denkende spart die Kirchensteuer und sichert seiner Familie die pietätvolle und kulturell hoch zu bewertende Feuerbestattung.

Leser dieser Zeitung wenden sich an die Vertrauensleute unseres Vereins, in Breslau an die Geschäftsstelle, Gewerkschaftshaus, Zimmer 132, oder an die Unterzahlstellen:

- Breslau: F. Kuchel, Charlottenbrunn Straße 16.
- Langen: F. Lange, Rothbacher Straße 16.
- Breslau: J. Gabriel, Auguststraße 121.
- Bestenau: A. Käyer, Schöckel, Oberlaufisch.
- Penitzsch O.-S.: E. Wrobel, Spinnstraße 11.
- Bollschwitz: J. Böhm, Ring 5.
- Brodau: J. Fischer, Poststraße 5b.
- Brieg, Bezirk Breslau: Gabel, Spinnstraße 2.
- Gold O.-S.: E. Scharf, Schmiedstraße 2.
- Zittauerberg, Kreis Waldenburg: W. Kadara, Schulstraße 3.
- Zittauer-Offiz: A. Garbe, Deutsch-Offiz 61, Kreis Görlitz.
- Friedland, Bezirk Breslau: A. Brunner, Brunnerstraße 7a.
- Freiburg i. Schl.: E. Herzig, Neue Bahnhofstraße 31.
- Görlitz: A. Böhm, Jüttenberg Straße 22.
- Grenzau: A. Köhler, Grenzau 17, Post Meiersdorf.
- Glogau: A. Gieseler, Eisenbahnstraße 19.
- Großberg: J. Schachtman, Holzmarktstraße 2d.
- Grottkow: A. Glatthar, Alie Bahnhofstraße 7.
- Grottkow, Kreis Landau: W. Ma., Grottkow 257.
- Hindenburg: W. Köhler, Poststraße 63.
- Hilber i. Schl.: A. Schneider, Saganer Straße 21.
- Jellhammer Süd: A. Herzig, Bergstraße 13.
- Jochberg-Cannenberg i. A. S. Weigel, Bahnhofstraße 22.
- Kamberg: A. A. Hoff, Steinertal.
- Kamberg: B. Kella, Kleine Poststraße 4.
- Kamberg: J. Kella, Poststraße 9.
- Kamberg, Kreis Landau: W. Köhler, Hindenburg, St. Landau.
- Kamberg: A. Böhm, Hauptstraße 31.
- Kamberg: J. Kella, Post Nr. 10.
- Kamberg, Kreis Landau: A. Wühlhoff, Langenau, St. Landau.
- Kamberg: Frau M. Köhler, Kener Weg 4 c.
- Kamberg: H. Kella, Landauer Straße 23d.
- Kamberg: W. Hirsch, Weidenstraße 20.
- Kamberg i. Schl.: E. Kella, Poststraße 5.
- Kamberg: A. Böhm, Poststraße 18.
- Kamberg, Kreis Landau i. Schl.: A. Köhler, Beerberg Nr. 53.

- Kamberg: E. Sander, Steinweg 12.
- Kamberg: F. Köhler, Bahnhofstraße 14.
- Kamberg: G. Hilbig, Kleine Feldstraße 14.
- Kamberg: J. Kella, Hammerstraße 5.
- Kamberg: A. Braumann, Reichenbacher Straße 21.
- Kamberg: J. Richter, Kirchstraße 23.
- Kamberg a. O.: E. Köhler, Breite Straße 8.
- Kamberg: J. Stephan, Steinweg 14.
- Kamberg, Kreis Striegau: A. Großpietsch, Am Bahnhof.
- Kamberg, St. Langen: J. Geller, Tiefenfurt, St. Langen.
- Kamberg: M. Hoppe, Mühlenstraße 9.
- Kamberg: F. Feile, Werminghoff, St. Hoyerwerda.
- Kamberg i. Schl.: E. Klossmann, Moltkestraße 4.
- Kamberg: E. Köhler, Wüstegiersdorf 15.
- Kamberg, St. Sagan: E. Köhler, Wielau, Kreis Sagan.
- Kamberg: J. Köhler, Weidhofsberg 5.

Polales

Die neuen Bremsvorrichtungen bei der städtischen Straßenbahn

Wir erhalten folgende Zuschrift.
Am 9. d. Mts. hat die als Leiter der „Dresdner Neuesten Nachrichten“ die Redaktion um Veröffentlichung eines Protestes gegen den Gebrauch der Strombremsen bei den neuen Wagen der städtischen Straßenbahn. Bei Nichtveröffentlichung, hat ich um Aufhebung unter Beifügung einer Freimarke. Bis heute ist aber der Protest weder veröffentlicht noch zurückgefordert worden! Da der Protest voll und ganz berechtigt ist, wie ja die zahlreichen Unfälle der letzten Zeit beweisen, wage ich es als Parteiloses und Leiter des „Generalanzeiger“ Sie um Veröffentlichung zu bitten. Ich würde mich auch freuen, wenn Sie die „strafliche Arbeit“ der S. N. N., die immer sehr knauserig, faul und in ihrer geschäftlichen Zeitung kennzeichnen würden, damit von vielen Arbeitern, die noch heute die S. N. N. lesen, ihr „Leitblatt“ wieder einmal im richtigen Licht gesetzt wird. Es ist ja klar, daß Herr Tugendhat kein Interesse daran hat, ob die Straßenbahn eine vernünftige Bremsvorrichtung hat oder nicht, denn er wird ja hauptsächlich im Auto fahren. Wenn dann bei einem Straßenbahnunfall ein paar Proletarier drauf gehen, dann ist für den „Generalanzeiger“ wieder mal eine Verdienstmöglichkeit gegeben, nämlich die Todesanzeige, die natürlich bei ihm aufgegeben wird. Die ihm geschenkten 5 Wg. wird er hoffentlich zur Erhöhung seiner Arbeiter- und Angestellten-Löhne verwenden!

Meine Anfrage an den Magistrat, deren Veröffentlichung die „S. N. N.“ ablehnten, lautete:

In dem Magistrat und der städtischen Straßenbahnverwaltung besinnt, daß sich in Berlin fast täglich Straßenbahn-Unfälle ereignen, die zum größten Teile auf das Versagen der Strombremse zurückzuführen sind? Wie erntet der Magistrat den Einbau dieser den Verkehr gefährdenden Bremsen in die neuen Straßenbahnwagen? Mit welchem Recht legt der Magistrat das Leben und die Gesundheit seiner Bürger in derartiger Weise aufs Spiel? Man kann ja täglich beobachten, wie diese Wagen nur mit großer Mühe und körperlicher Anstrengung von den Wagenführern zum Halten gebracht werden. Schärfer Protest wird hiermit gegen den Gebrauch dieser Bremsen eingelegt und ihre sofortige Enttarnung gefordert. Durch die Einführung dieser unzuverlässigen Strombremsen werden Umbauten einer sehr großen Anzahl Anhängerwagen erforderlich (Einbau der Magnetsbremse), die vermieden werden müßten, wenn man die neuen Triebwagen mit der sehr betriebssicheren Luftdruckbremse ausgestattet hätte. Was sagt der neue Direktor der städtischen Straßenbahn dazu?

Alle Mitglieder

Heute und morgen geht den Ortsgruppen ein Flugblatt als Ergebnisprotokoll der AG, in einigen hundert Exemplaren zu. Wir erwarten von den Ortsgruppenvorsitzenden wie von jedem einzelnen Mitgliede, daß dieses Flugblatt sehr sorgfältig verteilt wird. Nicht nur Arbeitern ist das Flugblatt auszuhandigen, sondern auch den wenigen Klassenbewußten Sozialdemokraten und links eingestellten Bürgern ist es zugänglich zu machen.
Die Verteilung hat auch nicht in der üblichen Nummer-Verbreitung zu geschehen, sondern jeder Flugblattverteiler spricht dabei einige Worte über die rote Hilfe, läßt sich in Diskussion ein und verfaßt Maßnahmen zu machen. Gibt es noch wirklich breite Schichten der Bevölkerung für die rote Hilfe und für ihr sozialistisches Hilfswort zu interessieren. Dazu ist die Unterfertigung des letzten Mitgliededes notwendig. Jetzt, daß es Euch ernst ist mit der AG-Mitgliedschaft. Aus finanziellen Gründen kann die AG nur sehr selten Flugblätter herstellen lassen. Darum: Keine Flugblätter darf fehlen! Bis Ende der Woche ist in jeder Ortsgruppe die Verteilung beendet.
Verantwortlicher Schlichter der roten Hilfe.

Sind die Beamtenforderungen berechtigt?

Vom Einheitsverband der Eisenbahner wird uns geschrieben:
Die Beamtenorganisationen sind neuerlich wieder beim Reichsfinanzministerium vorstellig geworden und haben die Forderung auf Angleichung ihrer Bezüge an die Leuerung erhoben. In der Öffentlichkeit werden diese Vorstöße der Beamten stets einer eingehenden Kritik unterzogen. Wenn auch in den vergangenen Monaten diese Kritik oft zu einem ablehnenden Ergebnis kam, so ist man doch heute im allgemeinen der Ansicht, daß die Erfüllung der Beamtenforderungen nicht nur vom Standpunkt der Beamten aus gerechtfertigt erscheint, sondern daß sie darüber hinaus eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit darstellt. An Reichsbahndirektorien spürt man deutlich, daß die außerordentlich geringen Gehälter, die der Beamten der unteren und mittleren Besoldungsgruppen gezahlt werden, zu einer Einschränkung des Konsums geführt haben, die nicht nur für den Verbraucher, sondern auch für den Erzeuger und Verkäufer sich sehr unangenehm auswirkt. Meistach ist man sich völlig im Unklaren, was denn eigentlich die Beamten der unteren Besoldungsgruppen — und in diesen Gruppen befindet sich doch die große Mehrzahl der Beamten — verdienen. Nach der letzten Besoldungsregelung beträgt das jährliche Grundgehalt eines Beamten der Besoldungsgruppe 2 mit vier Dienstjahren 1068 M., dazu kommt in einer mittleren Stadt (Ortsklasse C) ein Ortszuschlag von 159,80 M., so daß der Beamte über ein Jahreseinkommen von rund 1200 M. verfügt. Das ist das Einkommen eines ledigen Beamten. Ein verheirateter Beamter erhält dazu noch einen Frauenaufschlag von monatlich 12 M. und einen Kinderzuschlag für ein Kind im Alter von 6—14 Jahren von 20 M. Wenn man die heutige Leuerung in Betracht zieht, dann kann man also wohl verstehen, daß die Bezüge der Beamten besonders in den unteren Gruppen als völlig unzureichend empfunden werden. Da die Arbeitszeit der Beamten, besonders in den Verkehrsberufen, derzeit überall längere Durchschnittsdauern als vor den Kriegen aufweist, so kann man die Erbitterung verstehen, in der sich heute die bezogenen Beamtenfamilien befinden, die bei oft 14- bis 16stündigen tagelangen Dienstleistungen des Erzherrn kaum den aller notwendigsten Lebensmittelpfeiler decken können. Beamtenfamilien sind heute noch in der letzten Zeit erschreckend.
Zu der langen Arbeitszeit und der überaus geringen Bezahlung kommt aber noch die Erbitterung, die die letzte Besoldungsregelung im Juni 1924 geschaffen hat. Damals erhielten die unteren Beamten eine Aufbesserung von 17 Prozent ihrer Bezüge, während die oberen Beamten mit einer Aufbesserung von 11 Prozent bedacht wurden. Diese Gehaltsregelung wurde als ein aufreißendes Unrecht empfunden. Die Haushalte der Beamten, die durch die Besoldungsregelung von 1924 einen großen Schaden erlitten, sind heute noch in der letzten Zeit erschreckend.

Die Optanten vor dem Ausschuss für Ostfragen

Gebirge der Deutschnationalen und Sozialdemokraten gegen die polnischen Arbeiter

Seute wurden im Ausschuss für östliche Grenzgebiete des Preussischen Landtags die Beratungen für die Unterbringung der von Polen nach Deutschland ausgewiesenen Optanten fortgesetzt.

Der Vertreter der Regierung erklärt, daß am 1. November 1925 500 Kleinbauernfamilien, sowie am 1. Juli 1926 weitere 1800 zu erwarten sind. Da es sich hier um Leute handelt, die ihr Anwesen in Polen aufgegeben müßten, muß für Anstellungsland gesorgt werden. Notwendig sei hierzu die Beschaffung von ungefähr hunderttausend Morgen Ackerland. Auf der Hauszahlsteuer sollen Mittel für den Bau von Gebäuden zur Verfügung gestellt werden. Eine persönliche Entschädigung an die Optanten käme jedoch nicht in Frage. Hierzu stellte die kommunistische Fraktion folgenden Antrag:

„Zwecks Unterbringung der aus Polen ausgewiesenen deutschen Optanten, soweit sie Bauern und Landarbeiter sind, sind die den Hohenzollern gehörigen Güter zwangsweise zu enteignen, um die Ausgewiesenen dort als Bauern anzusetzen. Den Bauern ist soviel Land zur Verfügung zu stellen, als zu einer selbständigen Nahrung notwendig ist.“

Der Deutschnationaler Abg. v. Trestow protestiert, daß den im Bezirk Berlin wohnenden polnischen Angehörigen vom Polizeipräsidenten eine Frist bis zum 1. März 1926 betr. Ausweisung nach Polen gestellt worden ist. Nachdem noch der Volksparteiliche Abg. Feuermann in dieselbe Form kößt, erklärt für die Sozialdemokraten der Abg. Wendel, daß er Befürworter, die Optanten nicht mit zu offenen Armen aufzunehmen. Für unsere Fraktion sprach heute der

Abg. Genosse Moride, Königsberg.

Er hebt hervor, daß die Ausweisung der Optanten von beiden Seiten eine Folge der jahrelang betriebenen kapitalistisch-nationalistischen Politik sei. Von der Ausweisung werden lediglich Industrie- und Landarbeiter und Kleinbauern betroffen. Bei den durch die Verfügung des Berliner Polizeipräsidenten zur Ausweisung kommenden 1800 Personen sei z. B. nur ein einziger Gutbesitzer darunter. Alles andere aber rekrutiert sich aus Gehalts- und Lohnempfängern. Die Forderungen der Bürgerlichen und Sozialdemokraten, diese Optanten erst früher auszuweisen, als dies die Verfügung des Polizeipräsidenten vorgibt, entspricht der Gerechtigkeit und Gemeinheit wie nur selten dieser Parteien mit den Arbeitern, ganz gleich welcher Nationalität, ungegangen wird. Es kommt diesen nationalistischen Ausbeutern nur darauf an, die Not der Optanten für ihre nationalpolitischen Ziele auszunutzen.

Groß ist dann ihr heuchlerisches Geschrei, wenn es ihre Einkommenssummen in Polen ebenso machen. Daß die Sozialdemokraten hinter diesen Treiben nicht zurücktreten wollen, versteht sich am Ende von selbst, ist aber erneut in dem Ausschuss vor ihren Rednern dokumentiert worden. Genosse Moride geht auf die Anliebung der Optanten in Ostpreußen ein. Er meinte, die Lage der ostpreussischen Landarbeiter sei durch die Ausweisungsmethoden durch die ostpreussischen Junker so groß, daß den noch dort angeliedelten Plantagenarbeitern daselbe Schicksal blühe. Die Teile des Kronprinzens nach Ostpreußen zeigt besonders, wie eng die Fäden der Nationalisten geknüpft werden. Der nach ihm zu Wort kommende Abgeordnete Graf vom Zentrum betont in gewicher Enttäuschung, seine Fraktion werde gegen den kommunistischen Antrag betreffend Enteignung des Hohenzollernschen

Bodens stimmen. Die Hohenzollern seien gleichberechtigte Staatsbürger.
Nach Einlegung eines Interzessales wurde die Sitzung auf Donnerstag nachmittags vertagt.

Landarbeit — Strafarbeit

Der Vorstand des Landbundes in Schlesien hat an den Landesarbeitsamt den Antrag gestellt, erneut tausend polnische Landarbeiter nach Deutschland heranzulassen, da mit den dort vorhandenen deutschen Landarbeitern die Ernte, vor allem die Getreideernte, nicht geborgen werden könnten. Das Landesarbeitsamt hat unter Zustimmung der Reichsarbeitsverwaltung den Antrag genehmigt, allerdings, wie in der Antwort zum Ausdruck kommt, „schweren Herzens“.

Die Zulassung weiterer tausend polnischer Landarbeiter als Lohnarbeiter ist ein Hohn auf die Gewerkschaft und die große Not der schlesischen Arbeiterchaft und man müßte annehmen, daß der Deutsche Landarbeiterverband als zünftige Berufsorganisation den schärfsten Protest gegen diese Maßnahmen erhebt. Statt dessen finden wir in der „Bergwacht“ eine lebendige lahme Zuschrift des Deutschen Landarbeiterverbandes, in der den Großgrundbesitzern der wohlwollende Rat gegeben wird, Strafgefangene zu beschäftigen. Es heißt in dieser Zuschrift:

Wir wollen ganz dahingestellt sein lassen, ob das wirklich zutrifft, daß es mit unseren eigenen Landarbeitern nicht möglich ist, die Ernte zu bergen, so drängt sich doch die Frage auf, ob es dann wirklich keinen Ersatz bei uns im Lande gegeben hätte. Es soll deshalb hier auf tragende Arbeitskräfte hingewiesen werden, die unserer Ansicht nach sehr gut zu obiger Arbeit hätten Verwendung finden können.

Es sind unfer Strafgelängenen. In preussischen Strafanstalten sind zurzeit rund 60 000 Strafgelängenen interniert. Fast alle Strafanstaltsdirektoren beklagen sich darüber, daß für diese Leute, männliche wie weibliche, nur sehr schwer Beschäftigung besorgt werden kann.

Es ist charakteristisch, daß die „Bergwacht“ den schärfsten Protest gegen die Verwendung von Strafgelängenen im Bergbau des nieder-schlesischen Reviers erhoben hat, vollkommen kritiklos und kommentarlos eine solche Zuschrift abdruckt. Landarbeit ist also gleichbedeutend mit Strafarbeit sein, weil die Herren Großgrundbesitzer ihren Arbeitern solche Hungerlöhne zahlen und schlechte Verpflegung gewähren, daß die Arbeiter in der Stadt, die vom Lande stammen, sich mit Recht weigern, unter diesen menschenunwürdigen Bedingungen zu arbeiten.

Gerade in Schlesien, wo ein großer Teil der städtischen Arbeiterchaft vom Lande stammt und Landarbeit kennt, könnten die Agrarier genug Arbeitskräfte finden, wenn sie anständige Löhne zahlen würden. Die Verwendung polnischer Landarbeiter mit der Kommandierung von Strafgelängenen aufs Land zu beschäftigen, das heißt den Teufel mit Beelzebub austreiben und den schlesischen Arbeitern einen miserablen Dienst leisten. Jeder Arbeiter weiß, daß die mit 8—11 Wg. pro Tag beschäftigten Strafgelängenen überall als Lohnarbeiter wirken und wirken müssen. Es ist unerhört, daß eine freie Gewerkschaft einen derartigen Vorschlag macht. Die Behauptung, daß die 60 000 Strafgelängenen in Preußen zum großen Teil in ihren hunderttausend Zellen beschäftigt werden und die Strafanstaltsdirektoren häufig über Mangel an geeigneter Beschäftigung klagen, ist gewiß berechtigt. Dieser Mangel liegt aber begründet im Mangel der mittelalterlichen Strafbollklausurordnung der Republik und läßt sich nur durch eine vollkommene Umgestaltung des ganzen Gefangenensystems beseitigen. Den Strafgelängenen ist also mit dem Vorschlag des Landarbeiterverbandes keineswegs gedient. In ihrem Interesse liegt es nicht, wenn sie aufs Land verschickt werden, um Sklavenarbeit für die Junker zu leisten. Es muß vielmehr verlangt werden, daß die Strafgelängenen in ihren erlernten Berufen gegen ordentliche Löhne beschäftigt werden, so wie dies in Sowjetrußland der Fall ist.

heitsfälle, Sterbefälle usw. In eine geradezu hoffnungslose Verschuldung geführt haben. Seit Juni 1924 haben sich die Lebenshaltungskosten nach den amtlichen Ziffern sehr stark erhöht. Wenn man für die Lebenshaltungskosten in den Jahren 1913—14 die Zahl 100 einsetzt, dann beträgt die amtliche Lebenshaltungskosten für August 1925 145. Das bedeutet eine Verteuerung — wohlgerneht nach den amtlichen Zahlen, die von den Verbänden und Hausfrauen als viel zu niedrig betrachtet werden — gegen die Vorkriegszeit um 45 Prozent.

Seit Juni 1924 sind die Gehälter einmal mit Wirkung vom 1. Dezember 1924 aufgehoben worden, und zwar um 12½ Prozent für die Gruppen 2—6. Durch die Aufbesserung wurde aber noch nicht einmal das Friedensminimalgelalt, z. B. eines ledigen Beamten der Gruppe 3 erreicht. So bleiben die Bezüge der erwähnten Beamten über ein volles Drittel hinter der Leuerung zurück. Es ist also durchaus berechtigt, daß die Beamten einen Ausgleich ihrer Bezüge an die Leuerung verlangen. Selbst wenn man der Preissteigerung der Reichsregierung den unwahrscheinlichen Erfolg einer Preissteigerung um 10 Prozent zugiebt, dann bleibt noch eine gewaltige Differenz zwischen den Bezügen der Beamten und der amtlich festgestellten Leuerung. Es ist unverständlich, wie leinerege der Reichstag die außerordentlich bestehenden Forderungen der Beamten, die eine Erhöhung um 7½ Prozent vorschlag, ablehnen konnte. Wirkt sich aber die Preissteigerung der Regierung nicht aus, dann muß das Mißverhältnis zwischen Beamtenbesoldung und Preisgestaltung Auswirkungen haben, die sich volkswirtschaftlich noch gar nicht übersehen lassen.

Die städtischen Brausebäder

Von Sonntag ab sind die städt. Brausebäder wie folgt geöffnet: Bad 1 (Werderstr. 24) und Bad 2 (Berliner Platz 7): Sonntags von 8 Uhr vormittag bis 12 Uhr mittag; Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag von 12 Uhr mittag bis 7 Uhr nachmittag; Freitag und Sonnabend von 8 Uhr vormittag bis 8 Uhr nachmittag. Bad 3 (In den Reichsätern 1) und Bad 5 (Piergartenstr. 1): Sonntags von 8 Uhr vormittag bis 12 Uhr mittag; Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag von 8 Uhr vormittag bis 7 Uhr nachmittag; Freitag und Sonnabend von 8 Uhr vormittag bis 8 Uhr nachmittag. Bad 4 (Friedrich-Wilhelm-Strasse 101) ist zurzeit noch wegen Instandsetzungsarbeiten geschlossen. Es wird erneut darauf hingewiesen, daß in den Bädern 2—5 sowohl in den Männer- wie Frauenabteilungen Warmenbäder genommen werden können.

Mit den Breslauer Fleischnüssen besaßen sich im Anschluß an den Erlass des Preussischen Innenministers vom 8. d. Mts. der Ausschuss 1a der Preisprüfungsstelle. Nach eingehender Aussprache, in der u. a. auch die von den Landwirten geforderten hohen Stallpreise beanstandet wurden, beschloß der Ausschuss unter dem Widerspruch der anwesenden Vertreter des Fleischergewerbes, die in Berlin getroffenen Maßnahmen auch in Breslau zur Anwendung zu bringen. Diese laufen bekanntlich unter dem Widerspruch der anwesenden Vertreter des Fleischergewerbes, die in Berlin getroffenen Maßnahmen auch in Breslau zur Anwendung zu bringen. Diese laufen bekanntlich unter dem Widerspruch der anwesenden Vertreter des Fleischergewerbes, die in Berlin getroffenen Maßnahmen auch in Breslau zur Anwendung zu bringen.

schlechterpreis dem Viehpreise gleichgesetzt und den Ladenstellern eine Verdienstspanne von 15 Proz. zugestimmt wird.

Waldenburg. Die Lohnverhandlungen der Straßenbahner sind als beendet zu betrachten. Die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss führten zu einem Vergleich, der die Löhne bis Ende des Jahres festsetzt. Statt der geforderten 7 Prozent erhielten die Straßenbahner eine Zulage von 4 bis 6 Prozent. In einer sehr gut besuchten Mitgliederversammlung haben die Straßenbahner sich mit dem Vergleich einverstanden erklärt.

Parteiveranstaltungen

- Breslau.
— Di. Mittwoch, abends 8 Uhr findet bei Franke, eine wichtige Junktionarversammlung statt. Wer teilnehmen will, bitte sich melden.
— Stadtparteiorganisation. Mittwoch, 23. d. abds. 8 Uhr Rathaus 7, 1. Stg. bei Frau Bräutigam.
Wiesnitz. Donnerstag, 24. d. abds. 8 Uhr Junktionarversammlung.
— Freitag, 25. d. abds. 8 Uhr öffentliche Frauenversammlung „Reinhold“ bei Frau Bräutigam.
— Sonntag, 27. d. Vortrag zur Presse.
— Dienstag, 28. d. Gewerkschaftsabstimmung.

Kommunistischer Jugend-Verband

- Breslau.
— Donnerstag, abds. 7½ Uhr im Roten Losen Mitgliederversammlung. Vorbereitung der Bezirkskonferenz. Mitgliederbuch mitbringen.
Wiesnitz. Donnerstag Arbeitsabend.

Roter Frontkämpfer-Bund

- Breslau.
— Dinstag, 20. d. Donnerstag, abds. 7, 30 Uhr familiäre Abteilungsleiter-Treffpunkt im Hotel „Ede Ring“.
— Di. Freitag, abds. 7, 30 Uhr findet bei Franke eine wichtige Gruppenversammlung statt. Umarmung und Besprechung über Schwidrich.
— Zweidinstag, 20. d. Sonntag, abds. 7, 30 Uhr im Hotel „Ede Ring“ 6, 24 Uhr 30 Stg. bei Frau Bräutigam. Sonntag, früh 5, 41 Uhr. Bei 7, 08 oder 8, 16 Uhr 5, 07 Uhr.
— Sämtliche Sammlungen sind bis zum 3. 10. abzurechnen.
— Alle Unteroffiziere rechnen die zum 25. d. bei den Bezirksleiterern ab, selbstig rechnen bis zum 3. 10. beim Hauptleiter ab.
Wiesnitz. Mittwoch, 30. d. Versammlung.

Jung-Spartakus-Bund

- Breslau.
— Mittwoch, nachm. 4 Uhr Junktionarversammlung im Minutentel.

Versammlungsanzeigen

374. Breslau. Mittwoch, 23. d. abds. 8 Uhr im Hotel „Ede Ring“ 6, 24 Uhr 30 Stg. bei Frau Bräutigam. Sonntag, früh 5, 41 Uhr. Bei 7, 08 oder 8, 16 Uhr 5, 07 Uhr.

